

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0985/07  
von Eija-Riitta Korhola (PPE-DE)  
an die Kommission

Betrifft: Demografische Herausforderung an die Ökologie

Das staatliche Wirtschaftsforschungsinstitut VATT in Finnland legt in einer Studie aus dem vergangenen Jahr ein Gefahrenszenario dar, das in Finnland für die Natur und die umweltverträgliche Entwicklung entstehen würde, falls sich das gegenwärtige Wirtschaftswachstum fortsetzt und die Menschen ihre zusätzlichen Finanzmittel verwenden, ohne dass dies in größerem Umfang gesteuert würde.

Auch wenn technologische Fortschritte erzielt und beispielsweise die Emissionen und der Verbrauch von Brennstoffen und Energie gesenkt werden können, reicht das der Studie zufolge nicht aus, um die Nachteile zu kompensieren, die der durch Wirtschaftswachstum erhöhte Konsum bewirkt. Laut der Studie bestehen die größten Zukunftsherausforderungen im schnellen Anstieg der Kaufkraft der privaten Haushalte und in der Zunahme ihrer Anzahl. Obwohl z.B. die Einwohnerzahl Finnlands kaum zunimmt, wird mit einer Zunahme der Zahl der Haushalte von heute 2,4 Millionen auf 2,9 Millionen bis 2030 gerechnet, wobei die Einpersonenhaushalte die am stärksten wachsende Gruppe sind. Diese Haushalte brauchen unter anderem Haushaltsgeräte und Fahrzeuge mit dem gleichen Energieverbrauch wie im Fall der größeren Haushalte, und beispielsweise die allein wohnenden Personen mittleren Alters werden sich wahrscheinlich nicht mit Einzimmerwohnungen begnügen, sondern Wohnungen kaufen, die früher für Familien gebaut wurden. Der Anstieg der Zahl der privaten Haushalte bewirkt unweigerlich eine Verlagerung des Wohnens auf die Umlandgemeinden der Großstädte, womit auch der Kraftfahrzeugpark zunimmt. Es wird denn auch geschätzt, dass der Kraftfahrzeugbestand bis 2030 um ein Drittel größer sein wird. Die rasante Zunahme des Gesamtkonsums ergibt sich daraus, dass die Kaufkraft aller privaten Haushalte den Prognosen nach in den nächsten 25 Jahren um 70 % steigt, und zwar am meisten bei den kinderlosen Familien aus Personen über 55 Jahren und den Rentnern.

Eine entsprechende demografische Entwicklung zeichnet sich auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten ab. In der EU insgesamt werden dadurch die Mitgliedstaaten vor großen Herausforderungen stehen, bei denen die Umweltverträglichkeit der Kommunalpolitik auf die Probe gestellt wird. Inwieweit hat die Kommission Vorkehrungen für diese Herausforderung der Zukunft getroffen, sodass wir nicht durch die Steigerung des Konsums in eine unter dem Aspekt der Natur und der Umweltverträglichkeit unhaltbare Situation geraten? Ließe sich nach Ansicht der Kommission das Instrumentarium zur Lösung dieses Problems gemeinsam auf EU-Ebene konzipieren?